

# Dresdner Volkszeitung

Postkontos: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das **werktätige Volk**

Postkonto: Gebr. Arnhold, Dresden  
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen  
„Nach der Arbeit“ und „Volk und Welt“ für einen halben Monat 1 M.  
Einzelnnummer 10 Pf.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-  
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareilzeile  
30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für ausserordentliche An-  
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche  
40 Proz. Rabatt. Für Beleglieferung 10 Pf.

Nr. 85

Dresden, Dienstag den 13. April 1926

37. Jahrg.

## Der unbequeme Staatsanwalt

Fort mit dem Seer, er ist Republikaner

In Chemnitz rollt ein Prozeß ab, der die interessante Geschichte der Justiz in der deutschen Republik um ein an Werkwürdigkeit reiches Kapitel bereichert. Ein Staatsanwalt ist angeklagt.

In unserm deutschen Vaterlande reifen die Klagen darüber nicht ab, daß unsre Justiz nicht unparteiisch ist, daß sie sehr mißlich gegen die Feinde der Republik und sehr streng gegen ihre Anhänger. Der Staatsanwalt, der in Chemnitz angeklagt ist, ist kein Gegner der Republik, im Gegenteil, ein Republikaner, ein Sozialdemokrat. Er soll nicht scharf genug gewesen sein gegen links und nicht milde genug gegen rechts. In dem Deutschland Wilhelms II. galt ein Staatsanwalt oder Richter als besonders schneidig, der mit großer Schärfe den Apparat gegen die Feinde der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung handhabte. Wer dabei half, rote Preßblätter gehässig mit Gefängnis zu versorgen, konnte auf eine gute Karriere rechnen. In der deutschen Republik darf ein Justizbeamter nicht zu deutlich zeigen, daß er Republikaner ist. Das ist gefährlich.

Mit großem Aufwand wird der Prozeß gegen den Oberstaatsanwalt Asmus betrieben. Tagelang beschäftigt sich das Gericht damit, die Parteilichkeit des Angeklagten zu „feststellen“, und die Art des Illustrationsverfahrens ist nicht schon kennzeichnend genug für diese Justiz. Man wolle, dieser Oberstaatsanwalt hat es gewagt, eine scharfe Prädikation eines Mannes zu verlangen, der den Reichspräsidenten Ebert auf einer Schießbudenfigur mit einer Schnapsflasche darstellte! Wie wäre es wohl im alten Deutschen Reiche einem Manne gegangen, der Wilhelms II. die Freiheit für eine Schießbudenfigur bezeugt hätte, selbst wenn er diesen Instrument des Himmels statt der weltelastischen Schnapsflasche eine aristokratische Champagnerflasche in die Hand gedrückt hätte? Hätte es da auch nur ein W. Geldstrafe gegeben? Der Künstler, der sich so an seiner heiligsten Majestät versündigt hätte, wäre auf Jahre ins Gefängnis gewandert.

In der gestrigen Verhandlung des Gerichts ist man nun auf die Fälle eingegangen, die Asmus den Hals brechen sollen, und es hat sich nur zu deutlich gezeigt, auf wie furchtbar schwachen Füßen die ganze Anklage steht. Es wäre noch nichts gegen den Angeklagten bewiesen, wenn das Gericht zu der Überzeugung gelangte, daß Asmus in dem einen oder andern Fall juristisch nicht richtig verfahren ist. Schließlich hat bisher noch niemand von einem Staatsanwalt Unfehlbarkeit verlangt. Wenn drei Juristen über eine Frage ihre Meinung abgeben, sind ja sehr oft drei Meinungen vorhanden, und wenn die Herren Juristen sich nicht so leicht irren könnten, so würde es nicht so unvorstellbar sein, daß die Staatsanwälte Menschen für schuldig hält und Anklage erhebt und die Gerichte sie dann freisprechen. Dabei handelt es sich bei den Entscheidungen des Staatsanwalts sehr häufig um sogenannte Ermessensfragen. Darüber, in welchen Fällen bei einer Beleidigung ein öffentliches Interesse vorliegt und deswegen dem Staatsanwalt Anklage erheben werden muß, lassen sich keine festen Grundregeln aufstellen. Hier wird stets die Persönlichkeit und Denkwiese des Staatsanwalts, der zu entscheiden hat, eine große Rolle spielen, aber auch einen derartigen Fall hat man herbeizuziehen, um eine Verurteilung des Genossen Asmus herbeizuführen. Asmus hat sich geweigert, wegen Beleidigung eines Oberstaatsmanns Anklage zu erheben, von dem ein böser roter Redakteur gesagt hat, er habe eine Schönheitsrunzeln im Auge. Wenn von einem Reichspräsidenten oder einem republikanischen Minister die Rede gewesen wäre, dann jemand wäre auf den Gedanken gekommen, es könnte hier eine Beleidigung vorliegen. Aber nicht einem leidhaftigen Oberstaatsmann, da ist es natürlich was anderes.

Würde mit denselben Methoden, die gegenüber Asmus angewandt werden, die Amtstätigkeit aller Staatsanwälte nachgeprüft, so gäbe es wahrscheinlich in ganz Deutschland kein einen Staatsanwalt, dem nicht ein mehr oder weniger wohlwollender Kollege einen derartigen Prozeß auf den Hals laden könnte. Aber Asmus ist Republikaner, ist Sozialdemokrat, unsre Richter und Staatsanwälte haben sich, von selber nur allzuwenig Ausnahmen abgesehen, als Angehörige jener Herrenkaste, die dem alten Deutschland nachtrauert. In diesem alten Deutschland war es zwar möglich, daß ein halb- oder ganz verrückter Mensch auf dem Throne saß, aber daß ein ehemaliger Sattlergeselle als Präsident in Betracht kam, das war ein Verbrechen. In der Republik ist es nicht anders. In diesem alten Deutschland war es zwar möglich, daß ein halb- oder ganz verrückter Mensch auf dem Throne saß, aber daß ein ehemaliger Sattlergeselle als Präsident in Betracht kam, das war ein Verbrechen. In der Republik ist es nicht anders. In diesem alten Deutschland war es zwar möglich, daß ein halb- oder ganz verrückter Mensch auf dem Throne saß, aber daß ein ehemaliger Sattlergeselle als Präsident in Betracht kam, das war ein Verbrechen. In der Republik ist es nicht anders.

Neugierig sind wir, was Herr Binger zu diesem Prozeß Asmus sagen wird. Herr Binger hat bisher stets

so getan, als ob alle Vorwürfe gegen die sächsische Justiz unberechtigt wären. Binger mag nicht bösen Willens sein, er ist selbst ein deutscher Richter gewesen und gehört zur Deutschen Volkspartei. Was kann man da von dem Mann verlangen? Wird Herr Binger aber auch versuchen, die Vorgänge, die sich jetzt in Chemnitz abspielen, zu rechtfertigen, auch die famosen „Illustrationsmethoden“, auch die Geschichte vom Ebert mit der Schnapsflasche? — Wir sind wirklich neugierig.

(Prozeß-Bericht siehe Seite 8 der Beilage)

## Volksbegehren für Aufwertung

Der Sparerbund hat jetzt den schon seit Monaten angekündigten Gesetzentwurf über ein Volksbegehren für die Aufwertung fertiggestellt. Dieser Entwurf sieht eine allgemeine Aufwertung der Hypotheken auf 50 Prozent statt der im Gesetz vom 15. Juni 1925 vorgesehenen Erhöhung auf 25 Prozent vor. Ferner sollen alle seit dem 1. Januar 1919 zurückerhaltenen Hypotheken ohne Ausnahme aufgewertet werden. Dabei wird der Zinsanspruch des Gläubigers erhöht, insofern das Kapital von 1925 an mit 3 Prozent, von 1926 an mit 4 Prozent und von 1927 an mit 5 Prozent verzinst werden soll. Für Darlehensgeber und Vermögensanspruchende wird ebenfalls eine Aufwertung von 50 Prozent gefordert.

Der Sparerbund hat den größeren Parteien inzwischen seinen Gesetzentwurf zur Kenntnis gebracht und sie um eine Stellungnahme ersucht. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat ihre Antwort bereits erteilt.

## Unter dem Druck der Strafe!

Wie die Weinsteuer zu Fall kam

H. F. Als nach Ablauf der alten Handelsverträge 1918 die autonomen Sätze des Zolltarifs in Anwendung kamen, da hatten die deutschen Weinbauern gute Zeiten. Der Zoll auf Wein, der vom Ausland nach Deutschland hereinkam, schenkte mit den autonomen Sätzen auf 60 Mark in die Höhe. Das war endlich ein Zollschutz so recht nach dem Herzen der Winzer! Wirkte er doch fast wie ein Einfuhrverbot, das ja der gewöhnliche Wunsch aller Winzer ist. Italien — die denische Weinindustrie, die mit Weinländern, wie z. B. Spanien, vorher gute Geschäfte machte, kam unter den Schritten. Handelsverträge werden in der kapitalistisch kopierten Welt nach dem bekannten Motto gemacht: „Dau' du weissen Juden, bau' ich deinen Feind.“ Während die deutschen Weinbauern schöne Tage erlebten, ging es einem nennenswerten Teil der deutschen Industrie unter den Folgen der hohen Weinzölle immer schlechter; nach Spanien hatte die Industrie fast ganz aufgehört, wie wiederholt amtlich festgestellt wurde. Da sich Deutschland gegen die Einfuhr spanischer Weine sperren, zeigte Spanien gleichartige Maßregeln gegen die Einfuhr deutscher Industrieprodukte. Für die deutsche Wirtschaft hatte dieses gewagte Spiel aber infolge der großen Bedeutung, als der deutsche Weinbau gegenüber der Gesamtindustrie keine große Rolle spielt, während das von den Industriegruppen, die ihre Waren nach dem weitauswärtigen Ausland verschicken, wohl gesagt werden kann. So entwickelte sich hier ein Konflikt zwischen agrarischen und industriellen Interessen.

Er wurde des erstenmal offen bei der Beratung der neuen Handelsverträge zwischen Deutschland und Spanien. Die Winzer, hauptsächlich die von Mosel, Saar und Ruwer, ließen Sturm gegen die Ansicht einer starken Ermäßigung des Weinzolles, den man Spanien Konzessionen machte, wolle man der deutschen Industrie die Ausfuhr nach dort hin wieder ermöglichen. Die Regierung trat

## Internationale und Völkerbund

C. Zurich, 12. April. (Sig. Transp.)

Die Exekutive der sozialistischen Arbeiterinternationale besetzte am Montag in autokratischer Verhandlung ihre Züricher Tagung. Vor allem beschloß sie, als Demonstration gegen die Freilassung der Mörder Matteotti, des großen Mätrons des Sozialismus, ein Denkmal zu errichten, das im Volkshaus zu Brüssel aufgestellt werden soll, in der Erwartung, daß die Zeit nicht allzu fern sei, wo es möglich sein wird, in dem vom Faschismus besetzten Italien selbst ein Denkmal Matteotti zu errichten. Die Exekutive beschloß ferner, einen besonderen Matteotti-Fonds zu stiften, der als internationaler Hilfsfonds für die Arbeiterbewegung der Länder ohne Demokratie dienen soll. Die angeschlossenen Parteien werden aufgefordert, am 10. Juni, wenn der Todestag Matteotti sich zum zweitenmal jährt, den Grundstein zu diesem Fonds zu legen. In dem Mai-Ausflug, der die Probleme der Arbeiterklasse, des Arbeiterbundes und des Kampfes gegen den Krieg in den Vordergrund rückt, werden auch diese Beschlüsse, die sich gegen den Faschismus und die Reaktion wenden, bekanntgegeben. — Die Kommission, die zur Beratung der Fragen

Völkerbund, Abrüstungskonferenz und Wirtschaftskonferenz eingesetzt war, legte folgende Entschliessung vor, die einstimmig angenommen wurde:

„In der Überzeugung, daß der Weltfrieden für die Erreichung der Ziele der sozialistischen Arbeiter-Internationale, für die Befreiung der Arbeiterklasse von der kapitalistischen Herrschaft und für die Errichtung der sozialistischen Republik eine unumgängliche Voraussetzung ist, erinnert die Exekutive an die Resolution des Moskauer Kongresses über die internationale sozialistische Friedenspolitik. Die S. A. hat damit ihre Stellung zum Völkerbund bestimmt. Sie fordert, daß

der Völkerbund allmählich und demokratisiert werde. Als sich im März die Gelegenheit bot, einen entscheidenden Schritt zur Verwirklichung des Völkerbundes zu tun, wurde sie nicht genutzt. Dieses bedauerliche Ergebnis war eine Folge der Methoden der Geheimdiplomatie und weiterhin dadurch verursacht, daß man die Völkerbundsversammlung nicht jene Rolle spielen ließ, die ihr nach dem Völkerbündnis zukommt. Es ist von höchster Bedeutung, daß der Völkerbund nicht noch einmal in die Gefahr kommt, eine derartige Niederlage zu erleiden. Die Völkerbundsversammlung im September muß Deutschland ohne Rücksicht in den Völkerbund aufnehmen und ihm einen dauernden Ratssitz geben. Es muß gefordert werden, daß die demokratischen Tendenzen im Völkerbund stärker zur Geltung gelangen, und daß insbesondere

Die Vollversammlung in Zukunft nicht mehr dem Naz untergeordnet wird, daß sie im Gegenteil die wichtigsten Angelegenheiten die Initiative übernimmt; ihr obliegt es vor allem, in der Septembertagung die vorhandenen Schwierigkeiten zu überwinden:

1. Die Mitgliedschaft durchweg durch Wahlen besetzt werden. Wenn es zu schwierig erschiene sollte, im gegenwärtigen Augenblick dieses Prinzip in seiner ganzen Strenge durchzuführen, wenn die Mächte, die gegenwärtig einen dauernden Ratssitz innehaben, auf ihr Vorecht nicht verzichten, so es nicht angängig sein kann, Deutschland dieselbe Stellung wie Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan zu verweigern, sollte sein Eintritt dennoch nicht um den Preis anderer Maßnahmen vom Prinzip der Wahl besetzt werden, dem man im Gegenteil eine immer strengere Anwendung geben muß, um Neutralität und Kampfe um Einfluß und Gleichgewicht zu vermeiden, in deren Folge das Ansehen und das Wirken des Völkerbundes geschwächt würde.

Die Frage der Demokratisierung des Völkerbundes weist auf der Tagesordnung der Internationale. Die Exekutive wird in ihrer nächsten Sitzung die einer Überprüfung unterziehen. Es ist nötig, die Vollversammlung darauf aufmerksam zu machen, daß die friedlichen

Beziehungen zwischen dem Völkerbund, wie sie die Sozialdemokratie versteht, ihren wahren Gehalt nicht in den Rhythmen, in militärischen Bündnissen und der Geheimdiplomatie finden können, sondern nur in einer Völkerbundspolitik.

Die die Regelung aller Konflikte durch friedrichterliche über andere friedliche Methoden fördert.

Die Exekutive betont die gebieterische Notwendigkeit, zu einer schnellen Einigung über das größtmögliche Ausmaß der Abrüstung zu kommen. Sie stellt fest, daß der unruhig unternommene diplomatische Versuch, dem Willen der Völker, die von der Last der Rüstungen befreit werden wollen, Genüge zu leisten, das Problem des Weltmilitarismus nur leicht getreift hat. Die Exekutive stellt weiter fest, daß eine Politik der internationalen Zusammenarbeit nur insoweit mit Erfolg betrieben werden kann, als die Demokratien sich entschließen, im Völkerbund die entscheidende Organisation für die Lösung der internationalen Probleme zu sehen. Die Exekutive beschließt, eine Kommission zu wählen, die

das Problem der Abrüstung zu prüfen hat, wie es dem Völkerbund vorliegt. Sie erhebt schon heute Protest gegen die in gewissen Kreisen vorhandene Auslegung des Völkerbündnisses, nach der die angeschlossenen Nationen nicht das Recht haben sollen, in dem Ausmaß, das sie für nötig halten, abzurufen. Die Internationale muß die gesamte Tätigkeit des Völkerbundes aufmerksam verfolgen; sie muß die Aufmerksamkeit der angeschlossenen Parteien auf die Wichtigkeit der Verwirklichung des sozialistischen Einflusses in allen Organen des Völkerbundes lenken. Sie muß sich schließlich auch bemühen, in jedem Falle die Übereinstimmung zwischen den Parteien herzustellen, um die Annahme der Entschliessungen, die nach ihrem Wunsch formuliert wurden, durch die Völkerbundsversammlung herbeizuführen. Die Exekutive erinnert daran, daß die Sozialistische Partei Deutschlands gemäß der Moskauer Resolution eine energische Aktion geführt hat, deren Ergebnis die deutsche Regierung bestimmte, den Eintritt in den Völkerbund nachzusuchen. Die Exekutive hofft, daß auch die Arbeiter Amerikas und Russlands, an die die Internationale gleichzeitig einen Appell gerichtet hat, fordern werde, daß ihre Regierungen eine internationale Völkerbundspolitik verfolgen und so immer mehr die Idee eines weltumfassenden und demokratischen Friedensbundes für die Bewahrung des Friedens verwirklicht wird.“

Der Antrag der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands (U. A. P.), daß die S. A. bei der „Kommunistischen Internationale“ in Moskau in der Frage der Bildung einer all-umfassenden Internationale münden möge, wurde nach einer eingehenden Diskussion mit 247 gegen 3 Stimmen (U. A. P. und I. S. P. Polens) abgelehnt. Der Exekutive der S. A. lag außer dem begründeten Vorschlag der U. A. P. und der abweichenden Antwort der Labour Party ein ausführliches Memorandum des Sekretärs der S. A. vor. Die Exekutive beschloß, auch dieses Memorandum der Öffentlichkeit zu übergeben, und behandelte dann eine Reihe von anderen einen Bericht der bulgarischen Sozialdemokratie über den Kampf für die Annexion entgegen, in dem konstatiert ist, daß die Aktion, für die sich die Sozialdemokratie mit aller Kraft eingesetzt hat, schon einen wesentlichen Erfolg gehabt hat. Erwähnenswert ist die Abhaltung einer Konferenz zur Behandlung der Transaktion des sozialistischen Nachrichtenendienstes.

Die nächste Sitzung des Bureau der S. A. wird in London am 17. Mai 1926 zusammentreten. Am Schluß der Tagung wiederholte der Genosse Henderson die Einladung der englischen Labour Party an die Sozialistische Arbeiter-Internationale, ihren nächsten internationalen Kongreß im Jahre 1927 in London abzuhalten. Die Einladung wurde einstimmig angenommen.